Der Beobachter.



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.	Samstag, 20. November 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	47. Folge

Inhalt der Nummer:

Streiflichter auf die Politik der Sozialdemokratie.
Von Dr. Schepp, Kreisschulrat, Berlin.
Nationalpolitische Verantwortung.
Von Max Hildebert Boehm.
Der Aufmarsch zur zweiten Revolution?
Der Entscheidungskampf um die Sozialisierung.
Von Dr. Otto Hugo.
Ein Neuerer im Wort.
Phrasenhelden.
Der Wahltermin in Preußen.
Keine Ueberstundenvergütung für Beamte u. Lehrer.
Eine Ursache der Verelendung geistiger Arbeiter.
Von A. Heinrichsbauer.
Dr. Stadtler.
Aus Welt und Zeit.
Aus der Partei.

Streiflichter auf die Politik der Sozialdemokratie.

Von Kreisschulrat Dr. Schepp.

IV.

„Zusammenbruchs- und Krisentheorie".

Im ersten Teil des sozialdemokratischen Programms finden sich u. a. folgende Sätze:

„Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden. Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß . . . das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung."

Einen ganz entgegengesetzten Standpunkt nimmt Eduard Bernstein in seiner Schrift: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie". Er weist darin nach, daß weder die Kleinbetriebe verdrängt werden, noch die Mittelschichten verschwinden. Nach ihm vermindert sich auf Grund der Berufszählungen die Zahl der Besitzenden nicht, sondern sie erfährt im Gegenteil eine Vermehrung. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von größeren Kapitalisten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten verschwinden nicht, sie ändern nur ihren Charakter. Die Krisen werden nicht umfangreicher und verheerender, sondern sie zeigen eine Abnahme und Einschränkung. B. ermahnt dann die Sozialdemokratie, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist. Der Großbetrieb vertritt in Preußen höchstens die Hälfte der in der Produktion tätigen Bevölkerung. In der Landwirtschaft aber sehen wir überall den Klein- und Mittelbetrieb gegenüber dem Großbetrieb nicht nur noch proportionell in bedeutendem Umfange, sondern auch in der Lage, seine Position zu befestigen. Im Handel und Verkehr ist das Verhältnis der Betriebsgruppen ein ähnliches. (Wörtlich nach Bernstein.)

Diese Ausführungen Bernsteins finden ihre Bestätigung in den Ergebnissen der Berufsstatistik. In der Landwirtschaft hat z. B. die Zahl der Betriebe bis zu 20 Hektar im Verhältnis zur Gesamtzahl zugenommen, die Zahl der Betriebe über 20 Hektar hat sich dagegen vermindert. Bernstein kann deshalb auch die Bauern nicht als eine versinkende Mittelschicht der Gesellschaft betrachten und nicht von Zunahme ihres Elends und ihrer Knechtung reden. Er würde auch sicher dem Genossen Friedrich nicht zustimmen, der kürzlich in Dalena meinte, die Juden in den Städten saugten den Bauernstand aus und trügen zu seiner Vernichtung bei. (!!)

Bernstein gibt also die gesamte Zusammenbruchs- und Krisentheorie preis. Er ist sogar der Meinung, daß „wenigstens für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren überhaupt als unwahrscheinlich zu betrachten sind".

Wie man in gewerkschaftlichen Kreisen darüber denkt, habe ich aus dem Organ „Der Zimmerer" nachgewiesen. Warum hat die offizielle Sozialdemokratie nicht den Mut, eine in ihren Grundvoraussetzungen als falsch erwiesene Theorie über Bord zu werfen? Weil dann ihr gesamtes darauf errichtetes Gebäude zusammenstürzt.

Sozialdemokratie und Bauernstand.

Wie vorhin schon erwähnt, hält Bernstein den mittleren und kleineren Bauernstand nicht für eine im Verschwinden begriffene Mittelschicht. Das paßt natürlich nicht in das sozialdemokratische Programm. Überhaupt ist die Ausführung des Programms den Bauern gegenüber und die Expropriation des Besitzes mit großen Schwierigkeiten verbunden. Es ist daher nicht zu verwundern, daß man sich auf mehreren Parteitagen der Sozialdemokratie mit der Frage befaßt hat, wie man die Bauern wohl für die Partei gewinnen könne. Die Erörterung dieser Frage ist namentlich erfolgt 1895 auf dem Parteitag zu Breslau, dann in einer Broschüre Kautskys 1899: „Die Agrarfrage" und auch in der 1902 erschienenen Broschüre desselben Schriftstellers: „Am Tage nach der sozialen Revolution". In Breslau war ein Programm vorgelegt worden, welches Maßnahmen im Interesse der kleinen Bauern enthielt. Dies wurde aber abgelehnt, auf Veranlassung von Kautsky, der nach dem Protokoll wörtlich ausführte: „Für die Erhaltung des Bauernstandes ein utreten, haben wir keinen Grund. Denn das könnte nur geschehen, indem wir die Bauern in ihrem Besitz befestigen, also ganz entgegengesetzt verfahren als sonst. Man müsse den Bauern auch unangenehme Worte sagen." Geck-Offenbach riet, dem Bauern seine „Affenliebe zum Privateigentum" zu nehmen. Man müsse den Bauer belehren, daß er es auf dem Privatbesitz zu nichts bringen könne.

Mit der Ablehnung des Programms im Interesse der kleineren Landwirtschaft erklärte die Sozialdemokratie, daß sie die in demselben vorgeschlagenen Mittel, darunter auch Entschädigung für Wild- und Jagdschaden, Verbesserung der Versicherung, Erleichterung des Kredits, Abschaffung der Privilegien der Großgrundbesitzer, landwirtschaftliche Fachschulen u. a. m. verwerfe, weil eben dadurch der bäuerliche Privatbesitz gekräftigt und gebessert wird.

Man sucht nun die Kleinbauern damit zu trösten, daß sie ja als Mitglieder der sozialdemokratischen Zukunftsgesellschaft Miteigentümer des Gesellschaftseigentums würden. Gesellschaftseigentum heißt aber so viel wie Staatseigentum. Auch jetzt schon sind Eisenbahnen, Domänen usw. Staatseigentum. Ich habe aber noch nicht gefunden, daß der Umstand, als Preuße zu einem 36 Millionstel Mitbesitzer der Domänen, Forsten und Eisenbahnen zu sein, auf irgend jemand einen erhebenden Eindruck gemacht hat.

Neu ist auch, was in der Mitte der 90er Jahre in sozialistischen Flugblättern bei Gelegenheit des Wahlkampfes in Brandenburg-Westhavelland angeführt wurde. Es heißt dort, daß im Zukunftsstaat der einzelne neben einer Wohnung auch „einen schönen Garten unter eigener Pflege" erhalten solle. Sonst habe ich das bisher noch nicht gelesen, paßt auch herzlich schlecht zum Programm der Sozialdemokratie. Der Staatsbürger soll allerdings nicht Besitzer, sondern nur „Pfleger" des Gartens werden. Wie steht es aber mit dem Anspruch auf die Produkte seines

Pflege? Im Zukunftsstaat dürfen ja bekanntlich Waren aller Art für Rechnung der Gesamtheit produziert werden; jeder ist auf das angewiesen, was ihm die Leitung des Staates von Produktion und Konsumtion zuweist.

Eine scharfe Kritik an dem Programm der Sozialdemokratie in bezug auf die Kleinbauern hat s. Zt. der Redakteur der sozialdemokratischen „Volkszeitung" für Halberstadt, August Heine, geübt. Er schrieb zum Schrecken des „Vorwärts": „Ein Bild des Glücks bildet für mich der fleißig mitarbeitende Kleinbauer . . . Wer hat die Vereinigten Staaten von Nordamerika groß gemacht? Der freie Kleinbauer! Wer hat Frankreich reich, mächtig und glücklich gestaltet? Der freie Kleinbauer! Ich bin lieber Kleinbauer, als Lagerhalter in einem von Arbeitern geleiteten Konsumverein . . . Ich kenne überhaupt nur ein menschliches Glück, und das ist das: „in seinen eigenen Stiefeln zu stehen". Alle Versuche, Kommunistengemeinden zu gründen, sind gescheitert und müssen stets scheitern. Warum? Antwort: Weil solche gegen die menschliche Natur sind. Blicken Sie doch in Ihre Gewerkschaftsversammlungen usw., was ein paar Krakeeler für fortwährenden Streit hervorrufen können." Der Herr muß es ja aus eigener Erfahrung wissen, wie es in sozialdemokratischen Konsumvereinen usw. zugeht. Er hatte recht. Aber das paßt nicht in den sozialdemokratischen Agitationskram.

Die Bauern ersehen aber daraus, daß sie es jetzt immer noch besser haben als im Zukunftsstaat.

Nationalpolitische Verantwortung.

Von Max Hildebert Boehm.

„Deutsch sein heißt eine Sache um ihrer selbst willen treiben." Nur wenigen Nachbetern dieses Wortes ist bewußt geworden, daß darin Segen und Fluch neudeutschen Menschentums gleich tief erfaßt wird. Ohne die dem Westler unverständliche Befähigung des neudeutschen Menschen, sich einer Sache bis zur völligen Ausschaltung persönlicher Ansprüche hinzugeben und für sie aufzuopfern, wäre die deutsche Leistung des letzten Jahrhunderts, wäre die mit Neid und Grauen untermischte Bewunderung der Welt, wäre die elementare Abwehraktion der reaktionär erstarrenden lateinischen Weltzivilisation nicht möglich gewesen. Es wären aber ohne diese maßlose Versachlichung auch der Krieg als Leistung und die Revolution als Zusammenbruch nicht möglich gewesen. Es hatte sich irgendwie das Erlebnis in die Menschen eingefressen, daß dies ungeheure Opfer persönlich menschlicher Entfaltung an eine Sisyphusarbeit verschwendet, daß die deutsche Existenz von einer Sachkultur erdrückt werde, die mechanisch ins Leere rolle. Junge Wirtschafter und helle Arbeiterseelen begriffen schon vor dem Kriege, daß die planlose Weltproduktion unter dem Stachel der deutschen Konkurrenz auf eine zerschmetternde Krise hindränge. Junge Akademiker packte der Ekel vor einem gespreizten Alexandrinismus, der es nicht einmal wie die Wirtschaft zu großen Zusammenfassungen, der es nur noch zu kleinlicher Maulwurfsarbeit, zu Anatomie und Vivisektion an den bluthaften Verkörperungen schöpferischen Menschentums, zum sinnlosen Häufen unfruchtbarer Gelehrsamkeit brachte. In der Wirtschaft und in der Wissenschaft der Wilhelminischen Ära stampfte und rollte und dröhnte ein ungeheurer Apparat, er übertönte das Stöhnen von Seelen, die in ihrem edelsten und tiefsten Kern verkamen. Der Marxismus verkannte das Problem, indem er es als Klassenfrage deutete. Es war keine Klassenfrage. Es war das Problem des neudeutschen Menschen, dem die Zivilisation den Weg zu den „Müttern", zum Sinn seines Daseins verschloß. Scheinsolidaritäten kamen auf. Parteien und Klassen buhlten um den gequälten Menschen, faßten ihn beim Ressentiment und banden ihn in Bindungen des Mißvergnügens, der Begehrlichkeit und des Hasses. Der Staat, das Reich — im Gegensatz zu den Westländern noch ohne Überlieferung, ohne Halt in der Nation — suchte ebenfalls den Menschen zu haschen und erwischte doch nur den Staatsbürger, um ihn in irgend einer Form zu uniformieren. Staatsverantwortung wurde in allen Treibhäusern gezüchtet, am lebendigsten und triebhaftesten war sie in der offenbaren Militärfreudigkeit aller Volksschichten. Die Akademiker veräußerlichten sie bereits, indem sie sich als gehorsame Bildungsbürokratie mit all dem Flitter unangemessener Titel, Adelsprädikate und Orden begriffen. Die Wirtschaft nützte den Staat wesentlich als Instrument für Gruppeninteressen. Sie sah nüchterner und klarer, wie sehr der Staat — in lebendigeren Zeiten lebendige Gemeinschaft — im Zwange moderner Großbetriebsamkeit selber Organisation, Apparat, Sache geworden war. Wie wollte er von leerlaufender Sachlichkeit und zerrüttender Mechanisierung erlösen?

In Frankreich sind Staat und Nation in jahrhundertelanger stetiger Entwicklung in eins verschmolzen. Seelisch ist dort das nationale Bewußtsein sogar aus der Staatlichkeit erwachsen. Die große Revolution war keine Zertrennung, sondern die innigste Vermählung von Nation und Staat. Wir aber — wir hatten in Preußen den reinen Staat ohne Nation, und im Reich die reine Nation ohne Staat. Die Titanenkraft eines Einzelnen reichte nicht aus, um aus dem, was der Deutsche sein sachlich schied, eine innere Einheit zu machen. 1848 hatte sich die Hilflosigkeit der Nation erwiesen. Simons hätte von der Paulskirche mit ihren politisierenden Professoren — oh, wir kennen den Typ! — schweigen sollen. Die Neugeburt der deutschen Staatlichkeit aus dem Westlertum war natürlich zum Scheitern verurteilt. Da war im gedrungenen Preußenstaat, so fremd und abstrakt er den deutschen Menschen anmutete, immerhin noch Urkraft lebendig. Aber die Nation hätte sich vor den Augen des märkischen Staatsbaumeisters nicht so blamieren sollen. Vom Erlebnis ihrer Subalternität kam Bismarck sein Lebelang nicht los. Die nationale Ideologie des Bürgertums nahm er zum Vorspann, als Grundmauern des Reiches aber verschweißte er die dynastischen Loyalitäten, die mikrologischen Zerrformen von Staatlichkeit, wie der deutsche Kleinbürger sie verstand. Daß es überhaupt gelang, Preußen und Bayern und Badische und Sachsen-Koburg-Gothaer staatlich unter einen Hut zu bringen: das imponierte so gewaltig, daß der Deutsche sich nationalpolitisch gesättigt vorkam und nun unter einem jungen kühnen Kaiser mit den Energien einer machtvoll aufstrebenden Wirtschaft stracks auf Weltpolitik losging. Die sozialpolitische Unterbauung der staatspolitischen Verantwortung wurde von Bismarck und seinen Nachfolgern noch als Problem begriffen, wenn schon nicht restlos gelöst. Wie es mit den Untergründen stünde, in denen diese neudeutsche Staatlichkeit selber verwurzelt war: darnach auch nur ernstlich zu fragen, war verpönt. Das kleindeutsche Reich, ein innerlich unausgewogener Bundesstaat, handhabte das nationalpolitische Willensmonopol. Es lagen ernste Gründe vor, die Frage des österreichischen, des baltischen oder gar des schweizerischen Deutschtums peinlich zu umgehen. Die beamteten Schulmeister von der Universität bis zur Volksschule begriffen ihre Aufgabe und unterließen die Erziehung zu nationalpolitischer Verantwortung vollkommen. Der Deutsche Schulverein, den jede andere Nation von unserem Wohlstand mit Millionenfonds ausgestattet hätte, fristete sein Dasein kümmerlich von den Almosen einiger Idealisten. Die Kolonialfrage sahen die, die das Bevölkerungsproblem am meisten anging, sahen die sozialistischen Proletarier vom Negerstandpunkt an. Jeder hatte überhaupt keinen sachlichen Standpunkt, den er „rein" erhalten wollte: die Wirtschaft den wirtschaftlichen, die Akademie den kulturellen, die Bürokratie den staatlichen. Wenn die einzelnen Ressorts, Branchen, Fächer nicht ihren säuberlich abstrakten Spezialstandpunkt auftaten, so war das schon viel. Die vielgelästerten Alldeutschen waren noch die einzigen, die wenigstens eine dumpfe Witterung dafür besaßen, daß es trotz aller glanzvollen Macht an einer inneren Bindung fehlte, und daß die deutsche Existenz mit aller sachlichen, rechnerisch nutzhaften Differenzierung in eine Katastrophe taumele, die sie mit völliger Zersprengung ihrer Energien bedrohe. Auch die Alldeutschen — ideologisch verflacht, interessenpolitisch verengt, taktisch plump, wie sie sind — drangen zur bindenden Kraft nicht vor. Ihre Voraussage aber hat sich erfüllt. Der Bankerott der staatlich gegründeten deutschen Lebensform ist offenbar, die Katastrophe ist da.

Sie ist in einem Umfange da, den selbst der schlimmste Schwarzseher, die in der Wilhelminischen Ära nicht geduldet wurden, sich so nicht vorgestellt hat. Selbst der „Mensch" hat sich hinter der „Sache" angefunden. Erspart uns, den Blick allzu scharf auf diesen „Menschen" zu richten. Es ist nicht der ganze Mensch, der aus Volk und Gemeinschaft, es ist das entartete Gesellschaftstier, das aus Masse und mechanischer Häufung kommt. Die Sache, der wir uns früher in reinem Opfer hingaben, ist bereits zum Deckmantel für Gier, Schamrotzertum, freche Unfähigkeit geworden. Die „Sache" aber ist selbst als Maske noch die alte. Sie heißt in der Staatsbehörde Ressort, in der Wirtschaft reines Geschäft, in der Akademie reine Forschung. Was an Bindung da ist, ist zumeist angstgeborener Zweckverband. Der Staat von Ententegnaden ist der kümmerlichste unter den vielen. Es ekelt einen fast, von Gemeinschaft der Nation auch nur zu reden. Gelebt wird sie nicht.

Wir wollen die Hellseher nicht dulden, die das Grab der Nation rosarot übertünchen. Wir wollen aber auch keinen schwachmütigen Verzicht dulden, der sich in das Idyll des Dichterdenkerdachstübchens oder des Privatbüros zurückzieht, um persönlich anständig zu bestehen, wo Gemeinschaft im Schmutz versinkt. Wir sehen an den Grenzen, wir sehen da und dort im verschlammten Binnenland aus der Not heraus Kernbildung neuer leibhafter Gemeinschaft aufkeimen. Diesen stillen Werdeprozeß suchen wir in neuer Verantwortung zu binden.

Die Sache kann nicht, die Einzelarbeit kann nicht, auch der Staat kann nicht: nur die Verantwortung vor der Nation kann neu und tief uns rein binden. Der Schnitt geht tief, den das für die besten Gewöhnungen der letzten Generationen bedeutet, denen die kantische Zerspellung des vormals gebundenen Kosmos das neuzeitliche Weltgefühl gab. Die Umstellung ist, wie tägliche Erfahrung mit der alten Generation ausweist, für diese so schwer, daß ganz sicher nur wir Jungen ihr das neue Lebensgefühl geben, die Einbettung alles Denkens und Wollens und Handelns in letzte nationalpolitische Verantwortung vorleben werden. An der Fähigkeit zu dieser Umstellung entscheidet sich, wer heute noch in die Front der Jungen gehört, und unseren Kampf um deutsche Zukunft mitkämpft. Das Marktgeschrei um den „nationalen Gedanken", seine Veräußerlichung und Vergröberung sahen und sehen wir vor Augen. Wir sehen auch, wie hinter ihm als Maske ideen- und instinktlose Restaurationsgelüste über ihre Ohnmacht hinwegzutäuschen suchen. All das ist uns fremd, wird uns täglich fremder. Wir wollen die geistigen, die wirtschaftlichen, die politischen Kräfte, die aus innerer Erneuerung des verengten, verschlichteten, verbürgerlichten Staatsvolkes kommen. Wir wollen in Geist und Wirtschaft und Gemeinwesen lebhaft verkörpern, was uns als Erbe der Mütter in all dem Verfall hält und trägt und beschwingt: das wundergleich sich verjüngende Wesen unseres Volkstums.

Der Aufmarsch zur zweiten Revolution?

Enthüllungen.

Seit geraumer Zeit läuft die gesamte sozialistische Presse mit vereinten Kräften Sturm gegen die Schutzorganisationen der ordnungsliebenden Kreise Deutschlands. Die Hetze gegen die Orgesch hat ungefähr ihren Höhepunkt erreicht, wie aus dem Verbot des Herrn Severing trotz des Gutachtens seines Kollegen im Justizministerium hervorgeht. „Vorwärts", „Freiheit" und „Rote Fahne" wetteifern miteinander, die Öffentlichkeit durch Schauergeschichten über den wahren Tatbestand hinwegzutäuschen. Man will die Aufmerksamkeit der Behörden von den roten Umsturzorganisationen ablenken, erfindet Putschpläne des Bürgertums und scheint damit Erfolg zu haben. Die beiden nachfolgenden Schreiben, die kein Dementierapparat aus der Welt schaffen kann, enthüllen mit einem Schlage die Pläne der Roten. Sie zeigen, wie Moskau und unsere Rätezentrale Hand in Hand arbeiten, sie zeigen vor allem, wie Sinowjew-Apfelbaum nur zu dem Zweck nach Deutschland gereist ist, die Kampffreudigkeit seiner Getreuen hier zu stärken. Die revolutionären Massen werden von Sowjetrußland aufgepeitscht, loszuschlagen, indem man ihnen die Hilfe Moskaus in Aussicht stellt. Die „Deutsche Zeitung" richtet die Frage an die Regierung, ob sie über diese Dinge unterrichtet war oder nicht. War sie davon unterrichtet, so war die Einreiseerlaubnis für Herrn Apfelbaum ein unverantwortliches Spiel. Die Spuren Joffes sollten auch Herrn Simons schrecken. Das ordnungsliebende deutsche Volk hat jedenfalls ein Recht darauf, zu erfahren, was die Regierung getan hat, um der ungeheuren Gefahr des Bürgerkrieges, der ja hundertmal von den Unabhängigen und Kommunisten in den letzten Wochen verkündet worden ist, von Deutschland abzuwenden. Das deutsche Volk hat jedenfalls nicht Lust, das Opfer der Unfähigkeit und Untätigkeit der jetzigen Reichsregierung zu werden. Es verlangt sofortiges rücksichtsloses Eingreifen und erwartet, daß die Regierung sich von dem Gedanken des Allgemeinwohls und nicht von der Furcht vor der Straße leiten läßt.

Die nachfolgenden Briefe selber bedürfen keines Kommentars:

Bericht der kommunistischen Z. O. K. nach Moskau.

Berlin, 25. September 1920.

Werte Genossen!

Wir halten es für notwendig, Euch von dem durch Euer Oberkommando-Nord eingeforderten zusammenfassenden Bericht über den Stand der praktischen Kampfbereitschaft in Deutschland Kenntnis zu geben und Euch zu ersuchen, bei Eurer Rückreise diesen Schriftsatz dem Obersten Gotschakow auszuhändigen.

Zunächst bemerken wir, daß die durch Euren militärischen Bevollmächtigten angeregte Erweiterung der Kampfverbände in 8 Korpseinheiten durchgeführt worden ist. Bayern, überhaupt Süddeutschland, bleibt gemäß unserem Operationsplane zunächst unberücksichtigt. Eure Anregung, die Korpseinheiten nach den proletarischen Machtzentren zu gruppieren, war in Verfolg der vorletzten Besprechung unseres Bevollmächtigten .... mit Eurem strategischen Beirat für Deutschland in S. verwirklicht, als wir das betreffende Schreiben erhielten. Danach sind jetzt gebildet die Korps: Berlin, Stettin, Schlesien, Sachsen, Halle-Braunschweig-Magdeburg, Thüringen, Hessen, Ruhrgebiet, Nordwest. Sämtliche 8 Korps umfassen 42 Hauptkampfgruppen. Die Einheitlichkeit der Kampfhandlungen wird durch die von den aufgestellten und bereits durchgeführten bezw. in der Durchführung vorbereiteten Richtlinien R. gewährleistet, die Euch mit letzter Kurierpost zugingen. Die Abwehr- und Angriffsbasis gegen Süddeutschland läuft auf der

Linie Gera, Gotha, Erfurt, Kassel, Frankfurt a. M.

Die Zusammenfassung der Kampfgruppen der U. S. P. D. und K. P. D. kann als abgeschlossen gelten, ebenso die Organisation der Betriebsbesetzung und Verteidigung. Die Geisellisten werden fortlaufend ergänzt, bezw. berichtigt. Sie befinden sich jetzt bei den Hauptgruppenkommandos. Am besten ausgerüstet mit Waffen sind die Korps Thüringen-Hessen (Generalkommando Gotha), Ruhrgebiet und Berlin. Wir kennen aber durch unsere Verbindungsmänner bei den Abwickelungsstellen der Reichswehr, der Sicherheitswehr und den Einwohnerwehren ziemlich alle, auch die geheimen Waffen- und Munitionsdepots, deren Besitzergreifung, wo es irgend durchführbar erschien, vorbereitet ist. Nach den letzten Meldungen stehen uns bis jetzt sicher zur Verfügung

209 schwere und leichte Artilleriegeschütze, 536 schwere und 1012 leichte M.-G., 486 214 Gewehre, 34 Flugzeuge, 83 schwere Minenwerfer, 22 Flammenwerfer, 17 Ausrüstungen für Gasangriffe, 8 Tanks, 13 Panzerautos,

dazu ausreichend Munition und Sprengstoffvorräte. Dazu kommt, daß die Reichs- und Sicherheitswehr von Anfang an nicht geschlossen gegen uns verwendet werden kann, daß uns heute schon, namentlich im Ruhrgebiet und in Nordwest, die Unterstützung der legalen Heeresgruppen so gut wie sicher ist.

Bezüglich Ostpreußen rechnen wir nach wie vor damit, daß dort die Dinge von Euch in Fluß gebracht und militärisch geleitet werden. Unsere Obleute arbeiten inzwischen gut vor. Die von uns kontrollierten oberschlesischen und neupolnischen Kampfgruppen sind ebenfalls bereit zum Aufstand und zum Anschluß an unsere Kampfhandlungen (nach Plänen des früheren .....), sobald der Kampf bei uns begonnen hat. Was die Taktik gegenüber dem Bürgertum, namentlich den wirtschaftlich proletarischen bürgerlichen Mittelschichten anbelangt, gelten die Vereinbarungen auf der letzten Konferenz in Go .... unverändert.

Im übrigen haben wir unsere Vorbereitungen so getroffen, daß wir auch ohne militärische Hilfe Eurerseits den Endsieg erringen, nehmen aber im übrigen davon Kenntnis, daß Ihr den Kampf gegen das Ententepolen von neuem aufnehmen werdet, selbst wenn inzwischen ein Zweckmäßigkeitsfriede mit Polen zustande kommt.

Mit brüderlichen Kampfgrüßen: Für das Z.O.K. (Zentral-Oberkommando)

gez. Rotmann. Feindt.

Für die Inspektionsdelegation:

gez. Traplin.

Der Entscheidungskampf um die Sozialisierung.

Von Dr. Otto Hugo,
Mitglied des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates.

Die Revolution hatte dem deutschen Sozialismus die Macht in die Hand gespielt. Aus der rein oppositionellen Wesensart des Sozialismus in Deutschland mußte eine positive schöpferische Kraft herauswachsen, wenn der Sozialismus sich tatsächlich durchsetzen wollte. Es ist ganz selbstverständlich, daß, nachdem die Machtverhältnisse sich wesentlich geändert haben, der Sozialismus auf die Dauer nur vor den Arbeitern bestehen kann, wenn er erstens seine Ideen verwirklicht und wenn zweitens die Verwirklichung auch zum Vorteil der deutschen Arbeiterschaft ausschlägt.

Auf die erste Frage der politischen Befähigung in der sieghaften Durchsetzung seiner Ideen hat der deutsche Sozialismus mit dem Auseinanderfallen in drei Parteigruppen geantwortet. Darin liegt eine Bankerotterklärung, von der sich der Sozialismus nicht wird erholen können. Die Umstellung unserer gesamten Wirtschaft auf den Sozialismus würde eine der ungeheuerlichsten Revolutionen der Weltgeschichte bedeuten. Sie durchzuführen würde nur der geschlossenen Kraft eines einigen, unter einheitlicher, überragender geistiger Führung stehenden Sozialismus gelingen können. Die Tatsache, daß in der entscheidenden Stunde, anderthalb Jahre nach der Revolution, der Sozialismus in Deutschland in drei Parteien auseinanderfällt und die Führer sich in der wütendsten Weise bekämpfen, entscheidet die Frage der inneren Befähigung des Sozialismus, sein Ziel zu erreichen, nicht nur für die Gegenwart, sondern für alle Zukunft. Auf der Höhe seines Glanzes stand der Sozialismus am Tage der Revolution. Von da ab ist die schöpferische Kraft gesunken. Anderthalb Jahre haben sozialistische Wirtschaftsminister vergeblich zu sozialisieren versucht. Sie sind abgetreten und verlangen heute von bürgerlichen Parteien die Verwirklichung ihres sozialistischen Programms. Die Sieghaftigkeit des Sozialismus als reformatorische Idee liegt zerbrochen am Boden. Anderthalb Jahre nach der Revolution ist die geschlossene Stoßkraft eines nach Verwirklichung ringenden Sozialismus zerbrochen. Mit dieser Ohnmachtserklärung des Sozialismus ist der Kampf um die sozialistische Wirtschaftsidee natürlich noch nicht zu Ende geführt.

Die zweite Frage, ob die Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftsidee den erwarteten Vorteil bringt, ist zwar in der Vergangenheit von führenden Männern der Sozialdemokratie außerordentlich bezweifelt, ja verneint worden, und es ließen sich Hunderte von sozialistischen Urteilen dafür anführen, daß die Theorie des Marxismus mit den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft nicht in Einklang zu bringen ist. Aber diese Tatsache haben die sozialistischen Parteien in Kassel und Halle nicht veranlaßt, die Folgerungen daraus zu ziehen. Im Gegenteil. Je unhaltbarer die marxistische Idee geworden ist, desto fester klammert sich die Sozialdemokratie an sie an. Die Partei des Sozialismus, vor allen Dingen die Mehrheitssozialdemokratie, setzt sich über ihre inneren Zweifel hinweg, nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. Würde nichts von dem, was man 50 Jahre lang als Heilsbotschaft gepredigt hat, sich verwirklichen lassen, so wäre das die entscheidende Niederlage des Sozialismus und damit der hoffnungslose Niedergang der sozialdemokratischen Partei. Man hat deshalb in Halle wie in Kassel die Sozialisierung der Wirtschaft laut tönend gefordert und die Mehrheitssozialdemokraten haben in Kassel eine Kommission eingesetzt, die ein neues Programm schaffen soll, haben ihr aber keine neuen Ideen, sondern nur die alten mit auf den Weg gegeben, so daß günstigstenfalls ein neues Aktionsprogramm herauskommen wird, nicht aber ein haltbares Wirtschaftsprogramm aus neuem Guß.

Mit einem blinden Festhalten des Sozialismus an der Revolution der Wirtschaft haben alle wirtschaftlich anders denkenden Kreise in Deutschland zu rechnen. Wer von der Überzeugung durchdrungen ist, daß Sozialismus Verminderung und Verteuerung der Produktion sowie Übernahme eines unerträglichen Risikos auf die Schultern der Allgemeinheit und damit das Erlöschen der industriellen Produktionswirtschaft bedeutet, der konn nach Kassel nicht mehr sorglos Kompromisse in dieser Frage weiterschließen. Weite Kreise des Bürgertums haben gehofft, daß der Revisionismus in der Sozialdemokratie das Unmögliche des Marxismus aus dem sozialistischen Parteiprogramm ausmerzen würde. Der Parteitag in Kassel hat das Gegenteil bewiesen. Die Sozialdemokratie einigt trotz aller Zerrissenheit der eine Gedanke, die Sozialisierung durchzusetzen.

In diesem Kampf der Geister, den uns die nächste Zukunft bringen wird, kämpft auf der einen Seite ein zerschlagenes sozialistisches Heer. Man will die Niederlage noch nicht eingestehen und kämpft deshalb weiter — für ein verlorenes Ziel. Man steckt auf der sozialistischen Seite hinsichtlich der Folgen des verwirklichten Marxismus den Kopf in den Sand. Rechnet die Sozialdemokratie bereits damit, daß die Verwirklichung nie kommen kann? Daß sie nicht kommen darf, dafür haben heute durch Volksentscheidung diejenigen zu sorgen, die die wirtschaftlichen Gefahren klar erkennen und ein Gehenlassen nicht verantworten können. Einmal muß — und zwar möglichst bald — die Revolutionsfrage der Sozialisierung entschieden werden. Zweifel über Zweifel stehen auch im Lager der Arbeiterschaft den sozialistischen Ideen gegenüber, und Gegensätze, wie die zwischen Schmidt und Wissell zeugen dafür, daß selbst im Lager der Mehrheitssozialdemokratie die Zielsetzung keine einheitliche ist. Die Gesundung unserer Wirtschaftsverhältnisse verlangt, daß in dieser Grundsatzfrage der Streit ohne Kompromisse ausgetragen wird. Man mag aus sozialen Gründen volkswirtschaftliche Ge-

winne beim Bergbau beschneiden, aber der leitende Gesichtspunkt bleibt doch die wirtschaftliche Frage: Steigerung der Produktion. Möge das deutsche Volk diesen wichtigsten Entscheidungskampf mit voller Erkenntnis seiner Tragweite führen und die Erlösung schaffen, die uns die sozialistischen Parteitage in Kassel und Halle nicht gebracht haben. Gewiß wäre es besser, wenn der Kampf uns erspart bleiben könnte, wenn der Sozialismus dem übertriebenen Marxismus abgeschworen hätte; aber da er es nicht getan, verlangt die wirtschaftliche und politische Zukunft unseres deutschen Volkes diese Entscheidung ungetrübten Blickes auszutragen.

Ein Neuerer im Wort.

Hannover, den 6. November.

Trotz der eisigen Kälte, die den Aufenthalt in der Stadthalle nicht gerade angenehm machte, war gestern Abend nach Lage der Dinge immerhin eine ansehnliche Zahl unserer Mitbürger, Leute aus allen Ständen, der Einladung des „Hannoverschen Kuriers" gefolgt, um Dr. Stadtler, einen Mann neuer Gedanken und mit ihnen in Hannover noch homo novus sprechen zu hören. Das Ungewisse, wes Geistes Kind dieser Redner nun eigentlich sei, lagerte, während der ersten halben Stunde seiner Ausführungen, die mehr historischen Betrachtungen gewidmet waren, noch merklich auf der Zuhörerschaft, die nur ganz allmählich sich in die Gedankengänge dieses Mannes hineinfand, dann aber, als er mit seiner Kritik der Gegenwart begann, als wie Peitschenhiebe seine Worte gegen die heutige Art, die unglückliche Lage Europas meistern zu wollen, niedersausten, und er erbarmungslos vor allem das Getriebe der Parteiwirtschaft zu geißeln suchte, wurde auch die Zuhörerschaft warm und an den Zwischenrufen merkte man, daß Leute aller Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, anwesend waren. Man darf annehmen, daß diese ihn besser kannten als jene, daß die Linksparteilichen von vornherein wußten, wohinaus seine Ausführungen gehen, auf den Aufbau Europas von unten wie von oben, auf den Ruf nach wirklich selbstlosen Führern aus allen Ständen. Denn diese Gedanken, gestern von Stadtler in Hannover zum ersten Male vertreten, hat er in den Industriezentren, dort, wo die Radikalsten zu Hause sind, schon seit längerer Zeit mit seltenem Geschick und seltenem Mut propagiert. Stadtler, der u. a. einmal scharf feststellte, daß der Weltkrieg und die Weltrevolution einen ähnlichen Schnitt in die Weltgeschichte legten, wie das Ende des weströmischen Reiches, die Entdeckung Amerikas und die französische Revolution, und daraus folgerte, daß damit ein Zeitabschnitt beendet sei, der mit seiner einstigen Parteiwirtschaft als endgültig beendet betrachtet werden muß, dürfte manchem der bürgerlichen Zuhörer erhebliche Bedenken verursacht haben, denn sie, die sich kaum eben erst an die Zugehörigkeit zu einer Partei gewöhnt, die sich eben erst mit Hilfe ihrer erwählten Partei politisiert haben, um dem schon länger politisierten Proletariat ein Gegengewicht entgegensetzen zu können, das uns so lange fehlte, mußten gestern sich sagen lassen, daß diese Parteien nicht das Richtige seien, daß die Rettung auf anderem Wege zu suchen sei. Der „Hannoversche Kurier" war sich des Experiments bei diesem Vortrag bewußt. Was ihn trotzdem zu diesem Wagnis trieb, war die Fülle der Gedanken, die uns aus Stadtlers Schriften schon lange bekannt sind, und die ja auch gestern zum Vortrag kamen. Haben die Zuhörer diese Gedanken in sich aufgenommen und verarbeitet, sie dieselben mit der nötigen Kritik betrachtet — der äußere Beifall bürgt dafür ja noch nicht —, so dürfte der gestrige Abend auch im Rahmen ihrer bisherigen Partei ihr politisches Denken nicht ungünstig beeinflußt und damit ihrer Mitarbeit in der Partei förderlich sein zum Ausbau der Partei, zu ihrer Reinigung von den Schlacken, die dem Parteiwesen als solchem nun einmal anhaften.

Phrasenhelden.

Der „Vorwärts" nennt in seiner Sonntags-Ausgabe (Nr. 514 vom 17. Oktober) das sozialdemokratische Kasseler Konzilium als einen „Parteitag der Kraft". „Kassel war ein Hort der Kraft und Zuversicht für die deutsche Arbeiterklasse." Von diesem Hymnus ist nur soviel richtig, daß die sozialdemokratischen Parteigrößen in Kassel sich alle Mühe gegeben haben, recht viel Kraft in der äußeren Farbe aufzutragen. Da in Halle zu gleicher Zeit eine sozialdemokratische Filialgründung zusammenbrach und ihre Firma löschte, so war dieses sozialdemokratische Kraftmeiertum in Kassel ganz geschickt berechnet. Je kraftvollere Töne man in Kassel anschlug, desto mehr konnte man hoffen, damit einen großen Teil Anhängerschaft den feindlichen Brüdern in Halle wegzulocken. Des Pudels Kern aber bleibt bei alledem, daß in Kassel die Kraft lediglich zur Schau getragen war, daß sich hinter allen geschwollenen und tönenden Redensarten eine Partei verbarg, die in der theoretischen Erkenntnis Schiffbruch gelitten hat und deren schöpferische Ohnmacht sich seit dem November 1918 auch praktisch vollkommen erwiesen hat.

Das Beispiel dieses kläglichen Widerspruches bot der sozialdemokratische Parteitag vor allen Dingen in der Frage des Wiedereintritts in die Regierung. Die Führer der sozialdemokratischen Partei möchten trotz aller Versicherung des Gegenteils herzlich gern wieder in die Regierung eintreten. Sie haben es sich dort wohl sein lassen und den Machtkitzel genug verspürt, um ihn jetzt zu vermissen. Aber anderseits: Die Regierungstätigkeit hat der sozialdemokratischen Partei den Abfall großer Massen zu den Unabhängigen gekostet. Wer diese Massen jetzt zurückgewinnen will, darf sich nicht allzusehr den Anschein geben, als sehne er sich auf den Regierungssessel zurück. Die Unabhängigen haben ja den „Verrat an der Arbeiterklasse" gerade darin gesehen, daß die sozialdemokratische Partei mit den Bürgerlichen zusammen regiert hat. Diesen Bedürfnissen entsprechend ist die Kasseler Resolution verfaßt. Der sozialdemokratische Parteitag setzt sich damit für eine Regierungspolitik ein, die nach rein „proletarischen" Gesichtspunkten bestimmt ist. Und er gibt sich den Anschein, als sei eine derartige Politik praktisch möglich und als sei die Sozialdemokratie völlig in der Lage, von sich aus den Zeitpunkt für eine solche Regierungspolitik zu bestimmen. Ganz und gar Herr Scheidemann auf hohem Pferde! Kein Wort davon, daß doch auch andere Parteien gefragt werden müssen, kein Wort davon, daß den Sozialdemokraten ein Mitregieren nur gestattet sein wird, wenn sie sich entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke in die Vertretung der Gesamtinteressen einfügen. Also Sand in die Augen der Masse, die glauben soll, Herr Scheidemann braucht nur mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, um alle anderen Parteien zu verjagen und allein Herr im deutschen Hause zu sein. Tatsächlich hänget es einzig und allein von dem Willen der bürgerlichen Parteien ab, ob die sozialdemokratische Partei zur Regierung zugelassen wird oder nicht. Diese Tatsache bleibt bestehen, trotz aller Phrasenhelden von Kassel.

Als Held der Phrase hat sich zum Schluß dann noch der frühere Reichskanzler Müller besonders hervorgetan. Er hat die Todesacht und Bann über alle verhängt, die die Republik mit Gewalt beseitigen wollen, und er hat den früheren deutschen Kaiser mit schnöden Schimpfworten belegt. Auch dies natürlich ganz gewöhnliche Anbiederei, um die Kundschaft in Halle zu gewinnen. Wenn man aber bedenkt, daß Herr Müller einer der ersten war, die vor dem Kapp-Putsch die Flucht ergriffen, so wird man auch den moralischen Maßstab für diesen Herrn gewinnen, der jetzt den Mut hat, hinter den früheren deutschen Kaiser Schimpfworte herzurufen. So wenig erbaulich alles andere war: diese Art Heldentum der Phrase ist doch die widerlichste von allen.

Der Wahltermin in Preußen.

Aller Voraussicht nach werden die Neuwahlen in Preußen am 21. Februar 1921 stattfinden. Der Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung hatte sich ursprünglich dahin entschieden, daß innerhalb dreier Monate nach der Verabschiedung der Verfassung neu gewählt werden solle. Diese Zeitbestimmung an und für sich war ein dehnbarer Begriff und ließ einer weiteren willkürlichen Verschleppung die Tür offen. Nun ist in der verflossenen Woche die Verfassung erst in zweiter Lesung verabschiedet worden, und die gegenwärtige Vertagung der Landesversammlung sowie die bevorstehende Weiterberatung des Etats lassen noch nicht erkennen, wann die dritte Lesung beendet sein wird. Dadurch aber, daß man sich in der Regierung und im Parlament auf den 21. Februar als Wahltermin geeinigt hat, sind auch die Schlußberatungen der Verfassung sowie die noch weiteren Behandlungen der wichtigsten Materien in den Rahmen einer bestimmten Frist gesetzt. Die bestimmte Festlegung des Wahltermins wird man mit Recht darauf zurückführen können, daß die Deutsche Volkspartei immer und immer wieder mit unerbittlicher Schärfe auf eine möglichst frühe Anberaumung des Wahltermins auch nach dem grundlegenden Beschluß des Hauptausschusses gedrungen hat und daß auch die volksparteilichen Mitglieder der Reichsregierung ihren ganzen Einfluß geltend gemacht haben, um dem unerträglichen Mißverhältnis zwischen der Regierung in Preußen und im Reich ein baldiges Ende zu bereiten.

Auch die Beschlüsse des Wahlausschusses in der Preußischen Landesversammlung, die dem von der Regierung vorgelegten Wahlgesetzentwurf ein so schnelles Ende bereitet haben, sind zum großen Teil auf die Initiative und die unter den obwaltenden Umständen einzig möglichen Vorschläge der Deutschen Volkspartei zurückzuführen. Diese hat bereits in ihrem Antrag vom 1. Oktober die Forderung aufgestellt, in der Wahlkreiseinteilung das System der Wahlen zum Reichstag zu befolgen und den Wahldivisor gegenüber dem Regierungsentwurf bedeutend zu verringern. Die sofortige Annahme der Vorschläge der Deutschen Volkspartei hätte der Regierung und dem Wahlausschuß manche unnötige Arbeit erspart, die für wichtigere Dinge zur Beschleunigung des Pensums der Landesversammlung hätte aufgewendet werden können.

Keine Überstundenvergütung für Beamte und Lehrer.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Konrad Haenisch, und der Finanzminister Lüdemann haben in einem Schreiben an die Provinzialschulkollegien die Bezahlung von Überstunden an Lehrer und Lehrerinnen verboten. Für eine solche Bezahlung dürften auch aus erledigten Dienststellen ersparte Gehälter nicht verwendet werden. Diese Bezahlung war bisher in vielen Orten üblich. Der Wortlaut des Schreibens ist nicht nur für die betr. Beamten und Lehrer von Bedeutung, sondern auch von allgemeinem Interesse, nicht zuletzt deshalb, weil er von Minister Haenisch unterzeichnet ist. Das Schreiben lautet:

„Durch die in Gemeinschaft mit dem Herrn Minister des Innern erlassene Verfügung vom 16. April d. J. sind die Behörden angewiesen, den Staatsbeamten unter keinen Umständen Überstunden zu vergüten. Das Verbot ergibt sich aus dem in Preußen stets maßgebend gewesenen Grundsatz, daß der Beamte seine volle Arbeitskraft dem Staate zu widmen hat und in den ihm gesetzlich zugesicherten Dienstbezügen dafür voll entschädigt wird. Er soll daher weder für Dienstleistungen, die das im allgemeinen übliche Arbeitsmaß übersteigen, noch für einzelne ihm neben seinen sonstigen Obliegenheiten einmalig oder dauernd übertragene Arbeiten, die er nach seiner Vorbildung und seinen Fähigkeiten ohne Über-

spannung seiner Kräfte zu erfüllen vermag, besonders vergütet werden.

Der allgemeine Grundsatz muß auch für die Lehrer und Lehrerinnen umso mehr als maßgebend angesehen werden, als sie nach der neuen Besoldungsordnung den Staatsbeamten in bezug auf ihre Gehaltsansprüche völlig gleichgestellt sind und insbesondere das Volksschullehrer-Diensteinkommengesetz vom 7. Mai dieses Jahres in § 2 die besondere Bezahlung von Dienstleistungen im Schulamte, auch wenn sie innerhalb des festgesetzten Arbeitsmaßes nicht erledigt werden können, untersagt. Da, soweit hier bekannt, derartige Vergütungen in den Schulverwaltungen vielfach noch üblich sind, insbesondere den Lehrern oft jede kleine Nebenleistung, wie die Verwaltung von Schulbibliotheken, die Leitung von Ruderübungen und Turnspielen, die Beaufsichtigung von Sammlungen usw. besonders bezahlt zu werden pflegt, so muß meines Erachtens mit aller Entschiedenheit jetzt dahin gewirkt werden, daß diese geldlichen Zuwendungen, gleichviel unter welcher Bezeichnung sie gewährt werden, fortfallen.

Indem ich mich des dortigen Einverständnisses glaube versichert halten zu können, bitte ich, die Schulaufsichtsbehörden dahin zu verständigen, daß sie die zur Ausführung der genannten Gesetzesbestimmungen erforderlichen Anordnungen alsbald treffen. Ferner darf auch nicht mehr zugelassen werden, daß die einem Lehrer an der Anstalt übertragenen Unterrichtsstunden, die über das Maß der sogenannten Pflichtstunden hinausgehen, besonders vergütet werden. Zur Übernahme solcher Überstunden ist jeder Lehrer verpflichtet, sobald das an der Schule zu erledigende Arbeitsmaß es erfordert. Das wird im besonderen dann der Fall sein, wenn zeitweilig Stellen unbesetzt sind oder Vertretungen erkrankter und beurlaubter Stelleninhaber erforderlich werden, die jeder Lehrer nach der für die Staatsbeamten geltenden Regel unentgeltlich zu übernehmen verpflichtet ist.

Ich darf dabei darauf hinweisen, daß die Vorschrift im § 22 des Beamtendiensteinkommengesetzes, wonach Ersparnisse, die aus der Erledigung von Dienststellen entstehen, nicht zu außerordentlichen Vergütungen verwendet werden dürfen, auch für die Unterrichtsverwaltung maßgebend ist. Es geht nicht an, daß die Lehrer, nachdem ihr Gehalt dem der Staatsbeamten voll angepaßt ist, diesen gegenüber noch geldliche Vorteile oder Sonderrechte in bezug auf die Festlegung eines bestimmten, nicht überschreitbaren täglichen Arbeitsmaßes genießen. Das würde umso weniger verstanden werden, als ihre Arbeitskraft schon infolge der reichlichen, die Urlaubsgrenzen der Beamten erheblich übersteigenden, dienstfreien Ferien nicht bis zu den gleichen Grenzen ausgenutzt wird.

Wo sich bei den nicht vom Staate unterhaltenen höheren Lehranstalten Gepflogenheiten herausgebildet haben sollten, die den vorstehend erörterten Grundsätzen entgegenstehen, würde natürlich ebenfalls eingeschritten werden müssen, um den staatlichen Lehrkräften keinen begründeten Anlaß zu Berufungen zu geben. Ich ersuche daher, auch in dieser Hinsicht die Schulaufsichtsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen."

Eine Ursache der Verelendung geistiger Arbeiter.

A. Heinrichsbauer.

Über die durchaus unzulängliche Bezahlung der Geistesarbeiter im Vergleich zu derjenigen der Handarbeiter sind in der letzten Zeit so viele Zahlen veröffentlicht worden, daß ihre nochmalige Anführung sich erübrigt. An dieser Stelle soll nur auf einen Umstand aufmerksam gemacht werden, der als eine der Hauptursachen dieser betrübenden Erscheinung anzusehen ist.

Als s. Zt. der damalige Reichskanzler Bethmann-Hollweg das schöne Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen" sprach, da dachte jedermann, daß seine Durchführung jedem wirklich Tüchtigen die langersehnte Aufstiegsmöglichkeit gewähren würde. Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß viele von denen, die sich auf die Bethmannsche Äußerung beriefen, mehr Nachdruck auf das Wort „Freie Bahn", als auf das Wort „Tüchtigen" legten. Die Folge davon war die Beseitigung eines erheblichen Teiles der Schranken, die Erfahrung, Kenntnisse und staatliche Notwendigkeiten bisher gezogen hatten. Die Beherrschung des Stoffes war nicht mehr notwendig. Sie wurde mehr als einmal ersetzt durch den sogenannten gesunden Menschenverstand, der gegen die durch berufliche Vorbildung erworbenen Kenntnisse und gegen die persönlichen Fähigkeiten aufgespielt wurde. Diejenigen, die mehr durch glücklichen Zufall als durch wirkliches Verdienst an die höchsten Regierungsstellen gelangt waren, taten im eigenen Interesse noch ein übriges, um der breiten Masse immer wieder den Gedanken einzuhämmern, daß Kenntnisse und Fähigkeiten nichts, der „gesunde Menschenverstand" dagegen alles sei. So kam es immer mehr dahin, daß die frühere Schätzung dieser Gaben einer deutlich in Erscheinung tretenden Mißachtung weichen mußte. Da wir nun einmal im Zeitalter des Materialismus leben, macht diese sich in erster Linie in der Höhe der Bezahlung bemerkbar. So ist zu erklären, daß die jetzt vielfach verbreitete Auffassung des Wortes „Freie Bahn dem Tüchtigen" langsam, aber sicher dem wirklichen Tüchtigen die materielle Grundlage zu seiner Existenz genommen hat. Die Richtigkeit dieser Erklärung ergibt sich ohne weiteres aus der Lektüre linksstehender Zeitungen und Zeitschriften. Zum Beweise sei auf Nummer 2 des „Sächsischen Staatsdienstes" verwiesen, wo es unter anderem heißt: „Die Vorbildung und die Prüfung dürfen nicht mehr zu hoch eingeschätzt werden." . . . Ein durch außerordentliche Geistesgaben in eine hohe verantwortungsvolle Stellung gelangter Beamter ist nicht mehr so hoch zu entlohnen wie ehedem.

Was die allmähliche Erdrosselung der Existenz und damit auch der Schaffensmöglichkeit der geistigen Arbeiter bedeuten wird, das wird sehr bald jedem offenbar werden. Denn aller Fortschritt beruht letzten Endes immer wieder auf der Wissenschaft. Es sei nur erinnert an die Großtaten, welche der Forscher im chemischen Laboratorium vollführte und deren praktische Auswertung Hunderttausenden von Arbeitern reichlichen Lohn und Beschäftigung gewährte. Auch darauf sei hingewiesen, daß geistige Arbeit und künstlerisches Schaffen vor dem Kriege die deutsche Kultur zur höchsten Entfaltung gebracht und dem deutschen Namen in der ganzen Welt Ehre und Achtung verschafft hat. Über viele materielle Güter verfügen wir nicht mehr; jetzt bauen wir dazu freiwillig obendrein noch die uns verbliebenen ideellen Güter ab. Auch ihnen werden wir eines Tages nachtrauern, wie so manchem anderen auch, was wir verloren haben. Aber dann wird es wahrscheinlich zu spät sein.

Dr. Stadtler.

Es ist uns gelungen, den jungen politischen Schriftsteller Dr. Stadtler aus Berlin, der trotz seiner Jugend schon ein großes Ansehen genießt und dem ein sehr guter Ruf vorausgeht, für einen Vortrag in Siegen am Sonntag, dem 28. November, zu gewinnen. Herr Dr. Stadtler, der schon fast in allen größeren Orten Mittel- und Westdeutschlands gesprochen, wir nennen nur Düsseldorf, Hagen, Dortmund, Essen, Iserlohn, Lüdenscheid, Gevelsberg, Wetter, hat in all diesen Orten Tausende von Zuhörern aus allen Parteien gefesselt. Wir machen deshalb unsere Parteifreunde schon heute auf dieses politische Ereignis aufmerksam. Was uns bewegt hat, diesen parteilosen Redner zu einem Vortrag hier in Siegen zu gewinnen, ist der Wunsch, den Wiederaufbau des Vaterlandes auf jede Weise zu fördern, unabhängig von aller Parteidogmatik die Massen des Volkes aufzurufen: Helft Deutschland zur Weltgeltung, helft zur Wiedergesundung unseres Volkes, helft, damit wir zum sozialen Frieden gelangen. Wir fordern nicht nur unsere Parteifreunde auf, zu erscheinen, sondern unser Ruf ergeht an alle, mögen sie rechts oder links im Parteileben stehen. Dr. Stadtlers Vortrag wird ihnen ein Erlebnis sein und ihnen reiche Anregung geben. Die Lüdenscheider Zeitung schreibt über ihn folgendes: Stadtler ist Politiker, aber kein Parteipolitiker. Er ruft zur Sammlung von höherer Warte aus, will das Gute nehmen, wo er es findet, sei es rechts oder links oder in der Mitte. Ed. Stadtler ist ein Politiker, der mit dem Feuer der Begeisterung der Jugend für seine Ideen ficht. Ein gewandter Redner, baut er sein Thema meisterhaft auf und fesselt die Zuhörer in lebendiger Spannung bis zum Schluß. Kühn und unerschrocken ohne Rücksicht auf Klasse und Partei geißelt er die Unsinnigkeiten im Volks- und Staatsleben, um mit flammenden Worten aufzufordern zu versöhnendem Verstehen, ernstem Wollen, freudiger Pflicht und tatenfrohem Leben. Manchem vielleicht ein unbequemer Aufrüttler aus parteidogmatischem Schlummer, aber reich an fruchtbaren Anregungen will dieser Altelsässer, der ein französisches Gymnasium, dann eine deutsche Universität besuchte, der im Westen gegen Frankreich focht und schließlich im Osten russischer Kriegsgefangenschaft verfiel, ein Emporführer werden zum sozialen Frieden und zur neuen deutschen Volksgemeinschaft, die Vorbedingungen zur Wiedererlangung unserer Weltgeltung sind.

Die Wettersche Zeitung schreibt: „In ihm lernten wir einen Redner kennen, der, selbst außerhalb der Partei stehend, sich die Aufgabe gestellt hat, unter Ausschaltung jeglicher Parteitheorie aufklärend über die Not und das Chaos, in dem sich unser Volk befindet, zu wirken, und ihm Mittel und Wege zur Befreiung aus diesem Zustande zu zeigen."

Das Iserlohner Tageblatt berichtet von der Diskussion, die sich an einen Vortrag Dr. Stadtlers anschloß, folgendes: „Drei Redner, der Vorsitzende Sanitätsrat Dr. B., der dem Zentrum angehörende Landtagsabgeordnete Bartscher und ein Kommunist der ringenden und suchenden Art, äußerten in sachlicher und ruhiger Form ihre Übereinstimmung mit den Stadtlerschen Darlegungen.

Aus Welt und Zeit.

Wo bleibt die Gegenliste?

Unter Anknüpfung an das kürzlich erschienene Buch des Majors v. Stülpnagel „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen" stellte Dr. Stresemann im Reichstag in seiner Etatsrede erneut die Anfrage, wo die amtliche deutsche Gegenliste bleibe. Er wies darauf hin, daß nach den Erfahrungen, die der Deutsche alltäglich im Auslande mache, die internationale Atmosphäre durch die Legende von den deutschen Kriegsgreueln vergiftet sei. Wenn die deutsche Regierung sich entschließe, durch ihr Gegenmaterial diese Legende zu entkräften, so werde sie die Atmosphäre reinigen. Es sei also ganz falsch, von der Veröffentlichung der Liste etwa aus Rücksicht auf das Ausland zurückzustehen. Hoffentlich bleibt diese erneute Anregung nicht ohne Eindruck auf das Auswärtige Amt.

•

Warum die Kohle so teuer ist.

Bei einer mittleren Zeche betrugen die Rechnungen für Grubenholz im Mai 1920 764 000 Mark gegen 29 400 Mark im Mai 1914; die Materialkosten 702 000 Mark gegen 35 000 Mark; die Löhne und Gehälter 3,2 Millionen Mark gegen 320 000 Mark; die Steuern 120 000 Mark gegen 26 000 Mark; der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft 45,84 Mark gegen 5,17 Mark. Dagegen sank die monatliche Durchschnittsleistung von 60 400 Tonnen auf 47 200 Tonnen und die Leistung je Mann und Schicht von 1,009 Tonnen auf 0,705 Tonnen. Daß bei gesunkener Leistung und gestiegenen Unkosten eine in früheren Zeiten als ungeheuer empfundene Erhöhung der Kohlenpreise unvermeidbar war, liegt auf der Hand.

•

Auch ein Zeichen der Zeit.

1914 stand Deutschland mit einer Zuckerproduktion von rund 2,7 Millionen Tonnen an der Spitze der Rübenzucker erzeugenden Länder der Welt. Damals kostete das Pfund Zucker im Kleinhandel etwa 28 Pfg. Für das Jahr 1920 ist die

Zuckererzeugung nur auf 650 000 Tonnen zu schätzen; sie beträgt also nicht einmal 25 Prozent der früheren Mengen; dabei sind nur knapp 15 Prozent des 1914 mit Zuckerrüben angebauten Landes an die Entente abgetreten worden. Im umgekehrten Verhältnis zur Produktionsverringerung ist der Preis gestiegen, der offiziell sich zurzeit auf rund 2,30—3 Mark, inoffiziell jedoch auf 15—18 Mark das Pfund stellt.

•

104 Mark Tagelohn für Schauerleute!

Wie das B. T. meldet, sind im Altonaer Fischereihafen die Schauerleute in einen Ausstand getreten, weil sie nicht mehr große Mengen von Heringen mitnehmen durften. Sie hatten bis zu ¾ Zentner fortgeschleppt und damit einen schwunghaften Handel getrieben. Als Schadenersatz verlangten sie eine Lohnerhöhung von 20 Mark die Stunde und ließen sich nur mit Mühe und Not bis auf 6.50 Mark pro Stunde abfinden, so daß sie einen Tagelohn von 104 Mark verdienen.

•

Herrn Scheidemanns Schloßmöbel.

Die bekannte Angelegenheit der Schloßmöbel, die dem Oberbürgermeister von Kassel, Herrn Scheidemann, für seine Privatwohnung „zur Verfügung gestellt" worden sind, hat neuerdings wiederum die Öffentlichkeit beschäftigt. Das preußische Finanzministerium, offenbar inspiriert durch Herrn Scheidemann selbst, läßt in der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 5. November mitteilen, daß trotz der Unveräußerlichkeit der Schloßmöbel kein Bedenken bestanden habe (!), die Möbel Herrn Scheidemann leihweise abzugeben, und zwar zu einem „mäßigen Mietspreise", den die Stadt entrichtet. Ob dieser mäßige Mietspreis, der einige hundert Mark beträgt, nach Sachverständigen-Gutachten für die heutige Zeit aber mindestens 3000 Mark erreichen müßte, von der Stadt zu entrichten ist, oder richtiger von Herrn Scheidemann, der als Oberbürgermeister von Kassel ein Gehalt von 64 000 Mark bezieht, soll zunächst dahingestellt bleiben. Bemerkenswerterweise beschäftigt sich die Zuschrift des preußischen Finanzministeriums nur mit den leihweise überlassenen Möbeln. Daneben hat Herr Scheidemann aber auch eine Anzahl von Möbeln und Ausstattungsgegenständen zu dem lächerlich geringen Preis von 18 000 Mark käuflich erworben, die nach vorsichtiger Schätzung heute mindestens das Zehnfache wert sind. Vielleicht sieht sich das von Herrn Scheidemann bedeutete preußische Finanzministerium daraufhin veranlaßt, auch in diesem Punkte den Versuch einer Rechtfertigung und Klarstellung zu machen. Es würde uns allerdings nicht wundern, wenn er ebenso nichtssagend ausfiele, wie der vorstehend erwähnte.

• •

Wie Deutschland ausgezogen wird.

Die „Daily News" berichten, daß sich Paris kürzlich über die hohen Bezüge der Mitglieder verschiedenen interalliierten Kommissionen in Deutschland aufgehalten habe. Nach Angaben der „Daily News" bezieht ein Präsident einer interalliierten Kommission fünfmal mehr als der Reichswehrminister. Ein Oberst bekommt dreimal mehr als der Reichskanzler und viermal mehr als der Reichswehrminister. Ein Leutnant wird zweieinhalb mal besser als der Reichskanzler und dreieinhalb mal besser als der Reichswehrminister bezahlt. Ein Offizier ohne besonderes Kommando erhält eineinhalb mal soviel als der Reichswehrminister und 5000 Mark jährlich mehr als der Reichskanzler, ein einfacher Soldat der interalliierten Kommission ebensoviel wie der deutsche Reichswehrminister. Die von Deutschland für die interalliierten Kommissionen zu zahlenden Unterhaltungskosten betragen schätzungsweise 200 Millionen Mark, was zwei Dritteln der Unkosten gleichkommt, welche Deutschland für die Unterhaltung seines Heeres vor dem Kriege jährlich zu zahlen hatte.

Es ist festgestellt, daß fast jeder, der interalliierten Kommissionen in Berlin angehörende Soldat auf Berliner Banken ein schnell anwachsendes Konto besitzt und daß viele Offiziere ohne besonderes Kommando, unzufrieden mit den ihnen von der deutschen Behörde zugewiesenen Wohnungen, moderne Villen in den feinsten Vororten der Stadt Berlin gemietet haben.

•

Eine Charlottenburger Schule

hatte ausgerechnet am 2. September einen Schulausflug gemacht. Der „Vorwärts" roch natürlich hinter dieser Tatsache eine Sedanfeier und sagte es dem großen Bruder Haenisch nach: „Wir sind neugierig, wann endlich gegen diese Provokationen derjenigen Volksschichten, die von Königen und Kriegserinnerungen nichts mehr wissen wollen, mit der nötigen Strenge und Rücksichtslosigkeit eingeschritten werden wird."

Was ist das für eine „Provokation", wenn Menschen gern und freudig der Taten ihrer Väter gedenken? Versuchen wir doch nicht immer, die Gefühle unserer Mitmenschen zu kommandieren! Man lasse die, welche feiern wollen, feiern; die anderen brauchen nicht hinzuschauen. Es ist spießig, sich immerfort „provoziert" zu fühlen und mit Schimpfen und Verbieten über die Andersdenkenden und Andersfühlenden herzufallen. Mit denselben Argumenten könnte man jede Maifeier verbieten.

•

Erzberger und die Reichspostautos.

Im „Völkischen Beobachter", der in München erscheint, lesen wir folgendes: Dieser Tage wurden in Erzbergers Heimat, Biberach, zwei neue Automobile der Reichspost (Herr Giesberts, Erzbergers Freund und Parteigenosse!) angehalten, deren Führer ihre Probefahrten nebenher noch zu Hamsterfahrten (Schieberfahrten!) benutzten. Ein Zentner Weizen wurde ihnen abgenommen. Also Reichspostautomobile machen ausgerechnet in Erzbergers segensreicher Heimat Probefahrten. Wer merkt da nichts! Übrigens, wie der Berliner Vertreter der „Süddeutschen Zeitung" dieser berichtet, treibt sich Herr Erzberger augenblicklich im Reichspostministerium in Berlin herum. Nun wissen wir genug. Alle Achtung vor Herrn Erzbergers Geschäftstüchtigkeit, aber es wäre gut, wenn er nicht gar so „vielgeschäftig" wäre.

•

Wie die Kommunisten denken,

ist zwar bekannt genug, aber man findet immer neue Belege. So hat kürzlich der von den Unabhängigen abgeschwenkte Kommunist Auweck in einer Münchener Versammlung der Unabhängigen folgendes gesagt:

„Wir wissen genau, daß wir auch Sozialisten schlachten müssen wie in Rußland. Wir werden doch nicht unsere Gegner verschonen, sie vielleicht großziehen, damit sie dann uns den Garaus machen können! Glauben Sie denn, daß bei uns ein Scheidemann und ein Noske am Leben bleiben können? Nein, jeder der sich der Revolution entgegenstellt, ihr hinderlich ist, muß unschädlich gemacht werden, wie es auch in Rußland geschah. Daß dabei viel Arbeiterblut fließen wird, ist klar, so leid es uns tut."

Das ist nichts Überraschendes, denn es entspricht dem, was der Bolschewismus oft genug erklärt und dort, wo er zur Herrschaft gelangte, auch ausgeübt hat.

•

Deutsche und Engländer.

„Die Deutschen sind wirklich besser (als die Engländer), aber sie fangen es dumm an und machen sich dadurch lächerlich. Ein Engländer sagt: „Für 300 Pfund Sterling tu ich das" und tut's hinterher. Der Deutsche sagt: „Meine Überzeugung? Nicht für die Welt." Hinterher läßt er sich handeln und tut's für zehn Reichstaler. Der Engländer erklärt rundheraus: „Ich bin ein Geldmensch", wir aber sprechen mit Verachtung vom Gelde und reißen uns nachher um eine Summe, die ein passabler Engländer als Trinkgeld gibt. Wir haben alle den Bettelstolz, so lange wir nichts haben, sowie wir aber mit dem verführerischen Golde in Berührung kommen, so verlieren wir die Contenance, werden ungeschickt und uns selbst untreu. Die Schuld liegt nicht in uns (denn in dem Deutschen steckt ein aufrichtiger, idealer Zug), sondern in unserer Armut. Mit Gold verkehren ist eine Kunst wie mit Frauen verkehren, aber wer es mal nicht hat, der lernt es schwer."

Theodor Fontane.
Brief an seine Familie, 10. März 1857.

•

Dynastien und Stämme.

In dem Kapitel „Dynastien und Stämme" seiner „Gedanken und Erinnerungen" sagt Bismarck:

„Niemals, auch in Frankfurt nicht, bin ich darüber im Zweifel gewesen, daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag und nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse oder bei den Barrikaden.

Wenn man den Zustand fingierte, daß sämtliche deutsche Dynastien plötzlich beseitigt wären, so wäre nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationalgefühl in den Friktionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammengehalten würde, auch nicht in der Form föderierter Hansastädte und Reichsdörfer. Die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verloren ginge, welches in dem gemeinsamen Stammesgefühl der Fürsten liegt. Die geschichtlich am stärksten ausgeprägte Stammeseigentümlichkeit ist wohl die preußische; und doch wird niemand die Frage mit Sicherheit beantworten können, ob der staatliche Zusammenhang Preußens fortbestehen würde, wenn man sich die Dynastie Hohenzollern und jede, die ihr rechtlich nachfolgen könnte, verschwunden denkt."

•

Ebert auf der Zigarrenkiste.

Ist die Zeit auch faul und trübe,
manchmal zeigt sie doch Gemüt,
wenn man nämlich auf 'ner Kiste
plötzlich was Bekanntes sieht.

Als ich im Geschäft durchstöbert
die Zigarren, mild und stark,
zeigt sich plötzlich Vater Ebert
Als 'ne Sorte zu 'ner Mark.

Und ich fragt' gespitzten Ohres:
Ist das nur Reklametrick,
oder sind die Stinkadores
Sinnbild gar der Republik?

Und ich tat es einmal wagen,
hab das Kraut mir rangeholt,
Ebert, leider muß ich sagen,
du hast — jämmerlich gekokelt.

(Diogenes im Münch. Abendbl.)

•

Der Fehde unbändige Angst.

Aus Düsseldorf wird berichtet:

Hier hat sich eine Geschichte zugetragen, die sich wie ein ergötzlicher Scherz ausnimmt, gleichwohl aber buchstäblich wahr ist. Als die Feuerwehr in Neuß eines dort ausgebrochenen Großfeuers nicht Herr zu werden vermochte, telegraphierte sie nach Düsseldorf, von wo man sogleich einen Motorlöschzug anrücken ließ. Als er die Rheinbrücke zwischen Düsseldorf und Neuß passierte, begab sich folgendes: Die belgische Brückenbesatzung warf die Gewehre weg und stand, einschließlich des befehlshabenden Offiziers, mit „Hände hoch" bildsäulenartig fassungslos da — und ganz Düsseldorf lacht. Lacht in dem Bewußtsein, daß selbst die feindlichen auf deutschem Boden inmitten eines entkräfteten und wehrlos gemachten Volkes stehenden Armeen immer noch von der alten Angst vor deutscher Wehrhaftigkeit erfüllt sind, und daß nur die deutsche Feuerwehr auszurücken braucht, um

die Feinde das Hafenpanier ergreifen zu lassen. Gegen die deutschen Zeitungen im besetzten Gebiet, die diesen Vorgang berichteten, wurden natürlich drakonische Maßnahmen angewandt. Der Kommandant von Neuß aber erhielt seine Ablösungsorder, der Brückenoffizier wurde degradiert und 26 Mann schwer bestraft.

Aus der Partei.

Gegen die Kindermißhandlungen.

Die Reichstagsabgeordnete Frau v. Oheimb hatte an die Reichsregierung einen Antrag gestellt, daß hinter dem § 226 des R. St. G. B. noch ein besonderer Paragraph zur Verhütung von Mißhandlung von Kindern unter 12 Jahren durch Eltern, Pfleger usw. eingeführt wird.

Darauf lief vom Reichsjustizministerium (gez. Dr. Heinze) folgende Antwort ein:

Ich habe Vorsorge getroffen, daß die in Ihrem Schreiben enthaltenen Vorschläge eines erhöhten strafrechtlichen Schutzes der Kinder gegen Mißhandlungen in weiterem Verlauf der schwebenden Reform des Strafgesetzbuches einer Prüfung unterzogen werden.

Das Schulgeld im neuen Deutschland.

Bekanntlich hat der Minister Haenisch vom 1. Oktober d. J. ab das Schulgeld für jedes Kind auf 500 Mark heraufgesetzt. Der Abg. Dr. Boelitz hat nun im Hauptausschuß anläßlich der Beratung des Kultusetats folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuß wolle beschließen:

die Staatsregierung zu ersuchen, das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu veranlassen, unter Aufhebung des jüngsten Erlasses, betreffend die Erhöhung des Schulgeldes an staatlichen Lehranstalten (U II 1173 Z. U. V. v. 9. 9. 1920)

1. das Schulgeld in erträglicher Höhe festzusetzen,
2. für kinderreiche FamilienErleichterungen zu schaffen,
3. die Zahl der Freistellen beträchtlich zu erhöhen.

Es ist dringend zu wünschen, daß die Landesversammlung diesen Antrag einstimmig annimmt, da jetzt weite Schichten des Volkes, die lange Zeit wichtige Kulturträger waren, nicht mehr in der Lage sind, ihren Kindern eine ihrer Begabung entsprechende Ausbildung zuteil werden zu lassen.

Planwirtschaft im höheren Schulwesen?

Die Deutsche Volkspartei hat in der Preußischen Landesversammlung einen Antrag Dr. von Richter, Dr. Boelitz und Genossen eingebracht, der die Staatsregierung zur schleunigsten Vorlegung einer Denkschrift veranlassen soll,

„aus der die Gründe ersichtlich sind, die nach unwidersprochen gebliebenen Pressemeldungen das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung veranlaßt haben, den Abbau der höheren Schulen in die Wege zu leiten, und die über die in Aussicht genommene Planwirtschaft auf dem Gebiete des höheren Schulwesens Auskunft gibt."

Kurze Anfragen.

Die Abgeordneten Frau v. Oheimb und Frau Dr. Marx haben nachstehende Anfrage an die Regierung gerichtet:

810 000 Milchkühe sollen nach den neuesten Forderungen der Entente von Deutschland abgeliefert werden. Diese Ablieferung bedeutet für die ohnehin unterernährten und durch Tuberkulose und Skrofulose gefährdeten deutschen Kinder eine neue Schädigung von unübersehbaren Folgen. Schon jetzt gibt der Gesundheitszustand der deutschen Stadtkinder zu schweren Besorgnissen Anlaß. Nach den Zusammenstellungen der Vereinigung für Kinderhilfe (Rotes Kreuz) waren z. B. in Hamburg von 11 221 Säuglingen 1300, von 57 682 Kleinkindern rund 10 000 und von 158 680 Schulkindern rund 25 550 als krank zu bezeichnen. 40 Proz. der Schulkinder zeigten deutliche Zeichen von Unterernährung. In Halle fand sich stärkere Unterernährung und sehr auffallende Blutarmut unter den Kindern der Volksschulen bei zirka 90 Prozent, unter denen der Mittelschulen bei zirka 93 Prozent, unter denen der höheren Schulen bei zirka 80 Prozent. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Großstädten.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die durch die Ablieferung der geforderten Milchkühe bedingten neuen schweren gesundheitlichen Gefahren von den deutschen Kindern abzuwehren?

Die Abgeordneten Frau Dr. Metz, Frau v. Oheimb, Beythien, Dr. Luther, Haveman und v. Schoch stellen folgende Anfrage an die Regierung:

Die Zuckerknappheit dauert an. Dieser Zustand wird in allen Haushaltungen bitter empfunden.

Ist die Reichsregierung bereit, endlich geeignete Maßnahmen zur Behebung der Zuckernot zu ergreifen und insbesondere die freie Bewirtschaftung des Zuckers für das Wirtschaftsjahr 1921/22 anzukündigen?



Siegen. Am Montag, dem 15. November, fand im kl. Saal der Bürgergesellschaft eine Versammlung der gesamten Bezirksvorstände und des Ortsvorstandes der Stadt Siegen statt. Herr Hermann Klingspor, 1. Vorsitzender des Ortsvereins, leitete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Der Grundton seiner Eröffnungsrede war die eindringliche Mahnung an alle, sich reger wie bisher politisch zu betätigen. Er forderte die politische Erziehung des gesamten Volkes durch aufklärende Vorträge und Aussprachen und erblickte darin eine der Hauptaufgaben der D. V. P. Die Lösung dieser schwierigen Aufgabe erfordere aber die rege, unermüdliche Mitarbeit seitens aller Mitglieder. Herr Klingspor geißelte mit scharfen Worten die so oft sich zeigende Gleichgültigkeit und fast sprichwörtliche Lauheit des Bürgertums. Herr Geschäftsführer Nitschke berichtete in längeren Ausführungen über die Winterarbeit in den einzelnen Bezirken und der gesamten Stadt. Er gab mancherlei Anregungen, die zu einer lebhaften Aussprache führten, an der sich beteiligten: die Herren Färbereibesitzer Sarx, Postsekretär Krombach, Lehrer Friedrich, Kaufmann Schneider, Siegfried Jung, Kaufmann Jung, Bankbote Schäfer und die Damen: Frau Stahl, Fräulein Ax, Fräulein Hees. Das Ergebnis dieser Aussprache war der feste Wille, im Sinne dieser Ausführungen rege an dem Weiterausbau der Organisation zu arbeiten, und weiter der Wunsch, daß man öfter solche Zusammenkünfte veranstalten möge, um die Fühlung zwischen den einzelnen Vorständen aufrecht zu erhalten.

Laasphe. Wenn auch schon einmal über die Mitgliederversammlung berichtet worden ist, so freuen wir uns, heute auch den von der Ortsgruppe Laasphe selbst verfaßten Bericht zu bringen, der das rege Interesse der dortigen Ortsgruppe beweist.

„Die hiesige Ortsgruppe begann ihre Winterarbeit mit einer Mitgliederversammlung im Wittgensteiner Hof am 3. ds. Mts. Herr Geschäftsführer Nitschke, Siegen, hielt einen Vortrag über die politische Lage. Ausgehend von einer kritischen Würdigung der Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen unterstrich er das erfreuliche Wachstum unserer Partei, warnte aber vor einer Überschätzung des Ergebnisses für das Bürgertum im allgemeinen, das bei den Wahlen eben nur ein Mehr von 68 727 Stimmen aufzuweisen hat. Eingehend verbreitete sich der Redner dann über den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung, und beurteilte mit klarem Wirklichkeitssinn das bisher von unseren Parteifreunden in der Regierung Geleistete und in Zukunft Erreichbare. Anschließend wurde eingehend und vornehm sachlich unsere Stellungnahme zur Deutschnationalen und Demokratischen Partei dargelegt. Besonders anregend waren die Ausführungen über die Sozialisierungsfragen. Nicht Gegner jedweder Sozialisierung, aber nicht Freund der Entwürfe von Lederer und Rathenau, sondern Anerkennung des berechtigten Sozialisierungsbestrebens durch Bildung großer wirtschaftlicher Verbände, durch die ein großer Teil des Reingewinns der Allgemeinheit zufließen soll, und durch Einführung der Kapitalbeteiligung der Arbeiter durch die Kleinaktie, aber auch die Beibehaltung der gar nicht zu entbehrenden und nicht zu unterschätzenden Leistungen des Unternehmertums. In der an den fast zweistündigen Vortrag sich anschließenden Aussprache nahm der Redner Gelegenheit, auf manche der nur gestreiften Fragen noch eingehender einzugehen; im besonderen verbreitete er sich noch über die Möglichkeiten unserer auswärtigen Politik und schloß seine frischen, klaren und gründlichen Ausführungen mit einer packenden Aufforderung an die Anwesenden, sich mit ganzer Persönlichkeit an dem Kampf der Geister zu beteiligen, der um den Wiederaufbau und die Gesundung unseres geliebten Vaterlandes entbrannt ist." St.

Aus dem Kreise Altenkirchen.

Altenkirchen. Die Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe kamen am Donnerstag Abend im Hotel zur Post zusammen, um sowohl geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen als auch einen Vortrag des Herrn Geschäftsführers Nitschke aus Siegen zu hören. In der Versammlung, die gut besucht war, und an der auch Mitglieder anderer Parteien teilnahmen, sprach Herr Nitschke über die politische Lage. Im Anschluß daran sprachen der 1. Vorsitzende Herr Oberförster Bender, Herr Oberpostassistent Brücher und andere. Daran schloß sich die Wahl des Vorstandes, den wir demnächst bekannt geben werden. Als Mitgliedsbeitrag wurde ein Jahresbeitrag von 6 Mark angesetzt. Dank der fleißigen Arbeit des Vorstandes kann die hiesige Ortsgruppe auf eine sehr erfreuliche Entwickelung zurückblicken. Wir wünschen ihr, dem 1. Vorsitzenden Herrn Bender und dem Vorstand, weitere Erfolge.

Schöneberg. Mittwoch, den 10. November, veranstaltete die Ortsgruppe Altenkirchen in Schöneberg eine öffentliche Versammlung der Deutschen Volkspartei. Die Versammlung wurde eröffnet durch Herrn Oberförster Bender, Altenkirchen. Herr Nitschke, Siegen, hielt im Anschluß daran einen einstündigen Vortrag über die Deutsche Volkspartei und ihre politische Arbeit. Den recht interessanten Ausführungen folgten die Zuhörer mit größter Aufmerksamkeit. Im Anschluß daran fanden Besprechungen wegen der Gründung einer Ortsgruppe statt. Herr Betriebsführer Sauer in Schöneberg erklärte sich bereit, in diesem Sinne zu wirken. Der Ortsgruppe Altenkirchen aber gebührt der Dank für diesen erfolgreichen Abend.

Oberwambach. Freitag, den 12. November, fand hier eine Versammlung der Deutschen Volkspartei statt. Es war das erste Mal seit der Revolution, daß hier in öffentlicher Versammlung von einem Redner über die politischen Verhältnisse gesprochen wurde. Die gut besuchte Versammlung, an der auch einige Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Altenkirchen teilnahmen, wurde von Herrn Oberförster Bender eröffnet. Herr Nitschke, Siegen, sprach über die Aufgaben und Ziele der Deutschen Volkspartei und über ihre Tätigkeit innerhalb der Regierung. Der Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, gab Veranlassung zu einer lebhaften und zustimmenden Aussprache. Dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, recht oft solche Versammlungen hier abzuhalten. Diesem Wunsche soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Auch für diese Versammlung gebührt der Dank der Ortsgruppe Altenkirchen.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 54, sämtlich in Siegen.

28. November
spricht
Dr. Stadtler
über:
Bürgertum und Proletariat
im Kaisergarten
nachmittags 3 Uhr.

Sämtliche Reparaturen
an
Kraftfahrzeugen all. Systeme
auch stationären **Motoren** und **Bereifungen**
werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. 1258
An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.
Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt
Fritz Krüger, Siegen
Wiesenstraße 11. Fernsprecher 1308.

Resedan
das ideale Hautpflegemittel
Zu haben in den Apotheken.
Preis M. 2.50 die Tube.

Schwerhörigkeit
Gehörtrommel, wirkt verblüffend, beseitigt Ohrengeräusche, nervösen Ohrschmerz. Unsichtbar, bequem zu tragen. Aerztl. empf. Glänzende Dankschreib. **Merkur-Versand, München S. 217,** Türkenstr. 104.

DRUCKARBEITEN
ALLER ART WERDEN IN KURZESTER ZEIT ERLEDIGT
BUCHDRUCKEREI
G. STEINHAUS, SIEGEN
FERNRUF 472 — KÖLNERSTR. 2 (EINGANG AXESWENDE

Walzwerkserzeugnisse:
Bleche, Eisen, Röhren, Draht usw.
der Eisengroßhandlung Gebr. Trier.
An- u. Verkauf von Schrott.
Technische Artikel
für die Industrie, wie: Riemen, Packungen,
Öle und Fette usw.
W. H. Dickel, Siegen
Telephon 1007 Sandstraße 41.

Fensterglas
Drahtglas
Fabrikglas
(undurchsichtig)
liefert prompt ab Lager
Glashandlung Denzer & Wurm,
G. m. b. H.
SIEGEN, Fernruf 1433.

Vertretertag der Deutschen Volkspartei
für den Kreis Wittgenstein
in Erndtebrück
am Samstag, dem 20. November, nachm. 5½ Uhr Hotel Dürsch.

Tagesordnung:

1. Wahl der Kreisvorstandsmitglieder des Kreises Wittgenstein.
2. **Vortrag** des 1. Kreisvorsitzenden Herrn **Herm. Klingspor** über: **Die politische Lage.**
3. Besprechung über den Ausbau der Organisation.
4. Verschiedenes.

Nach § 4 der Satzungen des Wahlvereins der Deutschen Volkspartei für die Kreise Siegen—Wittgenstein findet alljährlich eine Hauptversammlung des Kreisvereins statt, zu der die Ortsvereine auf je 30 Mitglieder einen Vertreter entsenden. Ortsvereine, die weniger als 30 Mitglieder haben, wählen einen Vertreter. Mitglieder, die keinem Ortsverein angehören, haben das Recht, auf 30 Mitglieder einen Vertreter zu entsenden. Zur Teilnahme an dieser Versammlung sind alle eingeschriebenen Mitglieder gegen Ausweis ihrer Mitgliedskarte am Saaleingang berechtigt. **Stimmberechtigt** sind jedoch nur die entsandten Vertreter.

Mitglieder! Ortsgruppen!
Entsendet Eure Vertreter zu diesem wichtigen Tage!